

industriAll European Trade Union Anträge

2025-2029

2025
CONGRESS

uniting workers
for an  industriAll
future 

 **industriAll**
EUROPEAN TRADE UNION

Energie

Europa muss sich angesichts der aktuellen geopolitischen Lage mit Fragen zu seiner Souveränität und seiner langfristigen Strategie auseinandersetzen. Die Deindustrialisierung Europas beschleunigt sich und führt zu einer Abhängigkeit in immer mehr Sektoren. Die Klimaproblematik ist jedoch nach wie vor aktuell und die CO₂-Neutralität in Europa bis 2050 von entscheidender Bedeutung.

Eine unabhängige Versorgung mit CO₂-armer, zuverlässiger und erschwinglicher Energie ist die Lösung, um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas zu steigern und gleichzeitig den Klimawandel einzudämmen.

Wir erinnern daran, dass alle Länder das Recht haben, ihren eigenen Energiemix zu wählen.

Der zwanghafte freie Wettbewerb im Energie- und insbesondere im Stromsektor ist ein Dogma der Vergangenheit. Um die Preise zu senken, müssen wir aus der Logik des Energiemarktes ausbrechen. Es müssen die wahren Kosten bezahlt werden, und es bedarf einer breiten Diversifizierung der Anlagen zur Erzeugung CO₂-armer Energie.

Die CO₂-armen Branchen müssen sich gegenseitig ergänzen, denn die grundlegende Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft erfordert eine strukturelle Transformation unserer Energiesysteme, die den Einsatz kohlenstoffarmer Produktion und erneuerbarer Energien, die zur Energieeffizienz beitragen, kombiniert. Für die Reindustrialisierung und den Übergang zur Klimaneutralität braucht es alle verfügbaren CO₂-neutralen Energieträger sowie robuste und ausgewogene Netze, was wiederum eine kohärente und komplementäre Flexibilität in den EU-Ländern erfordert.

Wir fordern eine Überprüfung der EU-Energiepolitik auf der Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtung von Energie- und Klimafragen unter Einbeziehung wirtschaftlicher und sozialer Komponenten sowie von Fragen der Souveränität und der Industrialisierung. Technologieneutralität in Bezug auf die Erreichung der Klimaneutralität sollte Leitlinie der Energiepolitik sein, mit der die Dekarbonisierungsziele und nicht die Wege dorthin festgelegt werden sollen. Diese Politik muss die Nutzung aller Dekarbonisierungstechnologien ermöglichen, wobei die jeweils klimawirksamsten, wirtschaftlich nachhaltigsten und sozial verträglichsten Lösungen zum Einsatz kommen sollen.

Ein Europa ohne Industrie ist ein schwaches Europa. Ein Europa ohne Strategie ist ein geschwächtes Europa. Ein Europa der Konkurrenz ist ein dem Untergang geweihtes Europa, der einzige Weg zum Erfolg ist ein Europa der Kooperation. Die EU muss die Gestaltung des Energiemarktes und die damit verbundenen Maßnahmen zur Förderung der europäischen Industrie überdenken. Sie muss ihre Unabhängigkeit bei der Entwicklung, Herstellung und Wartung ihrer Anlagen entlang der gesamten Wertschöpfungskette sicherstellen können. Ein besonderes Augenmerk gilt den Erzen und seltenen Erden, die Gegenstand einer koordinierten strategischen Beschaffungspolitik und Diversifizierung auf europäischer Ebene sein müssen, jedoch nur dann, wenn es in Europa keine ausreichenden abbaubaren Vorkommen gibt.

Die Mitgliedstaaten müssen die europäische Energieinfrastruktur rasch erneuern und ausbauen. Die Entscheidung über den Energiemix muss auf einer klaren wirtschaftlichen Vision beruhen, die die Gesamtkosten des Energiesystems einschließlich der komplementären Energien berücksichtigt und stabile und vorhersehbare Preise für die Verbraucher*innen anstrebt. Darüber hinaus muss eine ausreichende Vergütung der Erzeuger sichergestellt werden, um die Instandhaltung und den Betrieb der Infrastruktur sowie zukünftige Investitionen zu decken.

Mit diesem Antrag fordern wir:

- alle CO₂-armen Energien als zulässige Energieträger in die EU-Politik einbeziehen,
- die Dekarbonisierung durch Zielvorgaben für die Senkung der CO₂-Intensität der erzeugten Endenergie unter Wahrung der Technologieneutralität zu steuern,
- in den Zielen die Vollkosten der Systeme zu berücksichtigen, einschließlich der Anpassungen der Netze und der für eine zuverlässige Erzeugung und die Sicherheit der Stromnetze erforderlichen zusätzlichen Produktion,
- die Entwicklung von Wertschöpfungsketten, die die CO₂-Bilanz des gesamten Wertschöpfungskreislaufs einbeziehen, um unsere Reduktionsziele zu erreichen,
- die Überarbeitung der Bestimmungen für den Energiesektor und insbesondere der Elektrizitätsregulierung, im Anschluss an eine eingehende Bewertung und eine weitreichende strukturelle Reform der Organisation des Marktes.

Lohnkonvergenz: Für faire und angemessene Entgelte in der gesamten Europäischen Union

Entgeltentwicklung und -konvergenz sind Dauerthemen von industriAll Europe. Angemessene und faire Entgelte sind ein Ziel, um das Wohlergehen aller Beschäftigten in der Europäischen Union zu gewährleisten. Als die Staaten der Ostregion 2004 der Europäischen Union beitraten, freuten die Beschäftigten sich auf eine bessere Zukunft. Die Politiker*innen versprachen ihnen, dass ihr Lebensstandard rasch steigen und sie bald das Niveau der Industrieländer West- und Nordeuropas erreichen würden – allen voran Deutschlands, das für die osteuropäischen Länder schon immer ein Vorbild und oft auch ein Neidobjekt war.

Aber wie sieht die Realität aus?

Es stimmt, dass die osteuropäischen Volkswirtschaften erheblich gewachsen sind. Die Länder Osteuropas, d. h. Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei und Slowenien, erreichen zusammen 80 % des europäischen BIP-pro-Kopf-Durchschnitts in Kaufkraftparitäten. Die Produktivität je Erwerbstätigen in diesen Ländern beträgt mehr als 80 % des EU-Durchschnitts. Die Wirtschaftsleistung der Ostregion steigt also, daran besteht kein Zweifel. Leider steigen die Entgelte nicht im gleichen Maße. Die Arbeitskosten pro Stunde liegen in den osteuropäischen Ländern mit Ausnahme von Slowenien bei 40 bis 50 % des europäischen Durchschnitts, während dieser Wert beispielsweise verglichen mit Deutschland zwischen 31 und 44 % liegt.

Nach 20 Jahren EU-Mitgliedschaft im Jahr 2023 lagen die Arbeitskosten im Vergleich zum EU-Durchschnitt bei 57 % in Tschechien, 54 % in der Slowakei, 46 % in Polen und 40 % in Ungarn. Gleichzeitig ist das Entgelt in der Slowakei das niedrigste (Medianeinkommen) unter den Ländern der Visegrád-Gruppe. Es ist daher nicht überraschend, dass viele Beschäftigte in osteuropäischen Ländern von der EU-Mitgliedschaft enttäuscht sind.

Das enorme Gefälle bei den Entgelten zwischen ost- und westeuropäischen Ländern ist gut dokumentiert. Die Unterschiede können in einigen Fällen auf unterschiedliche Arten von Tätigkeiten zurückzuführen sein, aber die Unterschiede bleiben auch dann groß, wenn die Arbeitsaufgaben sehr ähnlich sind.

Die Entgelte sollten fair und menschenwürdig sein, wie in den europäischen Texten festgelegt. Sind die Entgelte in Osteuropa fair? Ist es fair, dass ein tschechischer oder ungarischer Arbeitnehmer in einem osteuropäischen Land, der die gleiche Arbeit mit dem gleichen Engagement verrichtet, nur einen Bruchteil des Gehalts seines westlichen Kollegen erhält? Das Argument der unterschiedlichen Preisniveaus in den einzelnen Ländern ist ebenfalls nicht stichhaltig, da das Preisniveau in den osteuropäischen Ländern bereits fast 80 % des durchschnittlichen europäischen Niveaus erreicht.

Wie ist es möglich, dass die Entgelte von Beschäftigten in der Tochtergesellschaft eines multinationalen Unternehmens (in der Regel in Osteuropa) bereinigt um das Preisniveau niedriger sind als die von Beschäftigten im Mutterland (in der Regel in Westeuropa)?

Unter dem Gesichtspunkt der Würde kann es wohl kaum als fair angesehen werden, wenn Beschäftigte aus Osteuropa die gleichen Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs zu den gleichen Preisen kaufen wie ihre Kolleg*innen in den reicheren Ländern, wie es den Prospekten der Handelsketten zu entnehmen ist, aber mit nur etwas mehr als der Hälfte des Einkommens. Es ist weder fair noch menschenwürdig, dass Beschäftigte aus Osteuropa doppelt so viel oder mehr verdienen müssen als ihre Kolleg*innen aus dem Westen, um dieselben Dinge kaufen zu können.

Das Thema gerechte und angemessene Entgelte ist nicht nur ein Problem in Osteuropa. In Ländern wie Rumänien oder Bulgarien, die in den Statistiken zu Entgelten, Einkommen und Armut auf den letzten Plätzen rangieren, ist die Situation sogar noch schlimmer. Im Jahr 2023 betragen die Arbeitskosten in Bulgarien nur 29 % und in Rumänien nur 35 % des EU-Durchschnitts.

Die griechischen Kolleg*innen haben berichtet, dass sich ihre Arbeits- und Entgeltbedingungen nicht etwa denen in Nord- und Westeuropa annähern, sondern im Gegenteil dramatisch davon abweichen.

Die Situation ist selbst in Staaten, die zu den Industrieländern und Gründungsmitgliedern der EU gehören, nicht rosig. Italien beispielsweise kämpft mit einem langfristigen Rückgang der realen Entgelte. Bereits im Jahr 2020 lag der durchschnittliche Reallohn in Italien um mehr als 2 % unter dem Niveau von 1990, was ein in der EU völlig einzigartiges Phänomen ist. Laut einem aktuellen Bericht von *Save the Children* lebt fast jeder zehnte junge Mensch in Italien in Armut, wobei mehr als zwei Drittel der Befragten befürchten, dass eine zukünftige Beschäftigung keine Verbesserung ihrer Situation bewirken wird.

In den letzten Jahren sind die Reallöhne aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten in vielen EU-Ländern zurückgegangen, was es für die Beschäftigten noch schwieriger macht, die laufenden Lebenshaltungskosten zu stemmen. In vielen Ländern werden erneut Sparmaßnahmen beschlossen, beispielsweise im sozialen Bereich, ungeachtet der Tatsache, dass sich während der Krise von 2008 gezeigt hat, dass Sparprogramme die Erholung der Wirtschaft in den einzelnen Ländern stark bremsen.

Qualifizierte und fair bezahlte Arbeit ist unsere Priorität!

Ungeachtet der Erholung Europas nehmen Armut und Ungleichheit unter den Beschäftigten zu, die Aufwärtskonvergenz zwischen den Regionen ist ins Stocken geraten und der Anstieg der Entgelte bleibt in vielen Mitgliedstaaten hinter den Produktivitätszuwächsen zurück. Die europäischen Institutionen haben kürzlich mehrere neue Gesetze angenommen, die in die richtige Richtung gehen, hin zu einem sozialen Europa für alle. Das ist aber nicht genug.

Die Konvergenz zwischen den EU-Ländern zählt zu den ständigen Prioritäten von industriAll Europe. Auf dem Kongress 2021 wurde eine EntschlieÙung mit dem Titel „Lohnkonvergenz und faire Entgelte in Europa“ angenommen.

Nach dem Kongress wurden mehrere Kampagnen durchgeführt, in denen auch die Entgelte Thema waren. Die Entlohnung ist eine der grundlegenden Arbeitsbedingungen, deren Verbesserung im Rahmen dieser Kampagnen ebenfalls angestrebt wurde.

Auf der Konferenz zur Mitte des Mandatszeitraumes 2023 in Thessaloniki wurde dem Thema Bildung und Umschulung große Aufmerksamkeit gewidmet. In diesem Zusammenhang wurde daraufhin hingewiesen, dass die Zukunft Europas als Ort für ein gutes Leben davon abhängt, dass es hochwertige Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen sowie fairen und angemessenen Entgelten gibt.

Wie aus den obigen Ausführungen ersichtlich geht der Abbau der Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern nur sehr langsam oder gar nicht voran. Bedauerlicherweise ist auch eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass enttäuschte Beschäftigte, nicht nur aus osteuropäischen Ländern, sich politischen Parteien zuwenden, deren Programme auf eine Zerschlagung der EU abzielen. Die Unterstützung für den Grünen Deal, die Digitalisierung und die Dekarbonisierung ist in Osteuropa gering. Wenn nicht in diese Bereiche investiert wird, fließt das Geld in die Heimatländer der multinationalen Unternehmen und wird in neue Technologien investiert, die nicht zum Wohlstand derer beitragen, die sie erwirtschaftet haben.

Wie können wir unser Ziel erreichen?

Der Weg zur Lohnkonvergenz führt über die Stärkung der Gewerkschaften als Akteure der Tarifverhandlungen. Daher müssen wir:

- uns auf nationaler und EU-Ebene für die Stärkung der Tarifverhandlungen und für den dreigliedrigen sozialen Dialog einsetzen,
- uns aktiver für faire Entgelte und gleiches Entgelt für gleiche Arbeit einsetzen und auf nationaler und EU-Ebene dafür kämpfen,
- Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Dialogs fördern, einschließlich der Stärkung des Rechts auf Mitentscheidung,
- alle Versuche unterbinden, Gewerkschaften zu schwächen, beispielsweise durch die Einschränkung des Streikrechts,
- eine Koordinierung und gegenseitige Unterstützung bei Verhandlungen mit Sozialpartnern aufbauen,
- die Anstrengungen zur Verhinderung der Deindustrialisierung Europas und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft unterstützen,
- den Abfluss von Gewinnen aus einzelnen Ländern in Steueroasen innerhalb und außerhalb der EU unterbinden,
- bewährte Verfahren und Informationen über positive Ergebnisse des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen austauschen,
- die Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf nationaler und EU-Ebene in multinationalen Unternehmen ausbauen und verbessern, für gute Arbeitsbedingungen, eine gerechte Entlohnung, die Entgeltkonvergenz und die Verringerung des Abstands kämpfen. Aus diesem Grund müssen die Themen Entgelt und gleiche Bezahlung auch in den EBR-Sitzungen behandelt werden.

Das Ziel kann nicht ohne Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung erreicht werden!

Lage in der Ukraine vor dem Hintergrund der militärischen Aggression der Russischen Föderation

Die Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe verurteilen die anhaltende Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, die 2014 begann und am 22. Februar 2022 in einen groß angelegten Krieg eskalierte, aufs Schärfste. Sie bringen ihre einhellige Unterstützung für das ukrainische Volk und seine Bemühungen im Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zum Ausdruck.

Sie bekunden ihre Solidarität mit den ukrainischen Gewerkschaften, die auch während des Krieges für die Interessen der Beschäftigten eintreten, das Recht auf sichere Arbeit verteidigen und zur Unterstützung der Wirtschaft des Landes beitragen.

Der russische Krieg in der Ukraine hat bereits zu enormen Verlusten an Menschenleben, zur Zerstörung der Wirtschaft, wichtiger Sektoren (wie der Metallindustrie, der chemischen und petrochemischen Industrie, des Maschinenbaus, des Bergbaus und anderer), der strategischen Infrastruktur und zum Verlust von Millionen bestehender und potenzieller Arbeitsplätze geführt.

Unabhängig davon möchten wir die Bedeutung der Energieversorgungssicherheit der Ukraine hervorheben, die unter den Kriegsbedingungen zu einem kritischen Faktor geworden ist. Russlands gezielte Angriffe auf die Energieinfrastruktur der Ukraine haben zu großflächigen Zerstörungen geführt und Millionen von Bürger*innen vom Zugang zu grundlegenden Versorgungsleistungen wie Strom, Heizung und Wasser abgeschnitten. Die Angriffe auf den Energiesektor sind ein Versuch, die Wirtschaft des Landes zu schwächen und die Zivilbevölkerung zu dezimieren.

IndustriAll Europe steht weiterhin solidarisch an der Seite der Ukraine

Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, die Sanktionen gegen den Aggressor zu verschärfen und das ukrainische Volk in seinem Kampf stärker zu unterstützen.

In dieser kritischen Zeit rufen wir die europäischen Staaten und internationalen Institutionen dazu auf, die Ukraine weiterhin bei der Wiederherstellung ihrer Energieversorgungssicherheit zu unterstützen, sowohl finanziell als auch technisch.

Wir weisen nachdrücklich darauf hin, dass gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten aufrechterhalten werden müssen, um Sozialschutz und Arbeitnehmerrechte auch in Kriegszeiten zu gewährleisten. Die Sicherstellung des sozialen Dialogs ist ein entscheidender Faktor für die künftige Erholung der Ukraine und ihre weitere Entwicklung. Nur die Gewerkschaften können die Einhaltung internationaler und nationaler Arbeitsnormen in allen Phasen des Wiederaufbaus überwachen, um die Ausbeutung von Beschäftigten zu verhindern.

Beim Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg sollte der Wiederherstellung der Energieinfrastruktur Priorität eingeräumt werden. IndustriAll Europe betont die Bedeutung der

Modernisierung und Dezentralisierung der Energiesysteme, eines gerechten, ökologischen Wandels und der vollständigen Integration der Ukraine in das gesamteuropäische Energienetz. Damit wird die Widerstandsfähigkeit der Ukraine erhöht und ihre Anfälligkeit gegenüber Druck von außen in Energiefragen verringert. Wir unterstützen Maßnahmen zur Einführung moderner Technologien und Innovationen im Energiesektor, die dazu beitragen, den Energiesektor der Ukraine wiederherzustellen, die Effizienz zu steigern und die Umweltverträglichkeit zu verbessern.

Besonderen Wert legen wir darauf, Bedingungen für die Rückkehr der Ukrainer*innen in ihre Häuser in der Ukraine zu schaffen. Millionen von Menschen mussten aufgrund von Kampfhandlungen ihr Zuhause verlassen. Wir fordern die internationale Gemeinschaft, die EU-Regierungen und andere internationale Organisationen auf, die notwendige Unterstützung zu leisten, um die Voraussetzungen für eine sichere und würdevolle Rückkehr dieser Menschen in ihre Heimat zu schaffen.

Der Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg muss gerecht und sozial sein und die Rechte der Arbeitnehmer*innen respektieren. Die Erholung der Ukraine muss auf den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung, menschenwürdiger Arbeit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit basieren. Darüber hinaus sollte der Wiederaufbau unter aktiver Einbindung der Gewerkschaften erfolgen, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmerrechte geschützt werden und eine auf Innovation und umweltfreundlichen Technologien basierende Wirtschaft gefördert wird. Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Überwachung der Umsetzung von Investitionsplänen im Rahmen des sozialen Dialogs und von Tarifverträgen in Übereinstimmung mit der EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne sollte außer Frage stehen.

IndustriAll Europe unterstützt die Ausarbeitung einer europäischen Industriestrategie für den Wehrtechnikbereich, der ein wichtiges Element der kollektiven Sicherheit und Stabilität in Europa ist. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine ist dieses Thema von besonderer Bedeutung. Wir sind der Meinung, dass ukrainische Rüstungsunternehmen ein integraler Bestandteil dieser Strategie sein sollten. Die Teilnahme der Ukraine an europäischen Verteidigungsprogrammen und die Zusammenarbeit bei der Produktion von militärischer Ausrüstung, Waffen und neuesten Technologien wird die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine und Europas insgesamt stärken. Eine solche Zusammenarbeit wird durch die Beteiligung an gemeinsamen Rüstungsprojekten auch zur Erholung der ukrainischen Wirtschaft beitragen. Die Integration der Ukraine in die europäischen Lieferketten wird neue Möglichkeiten für Beschäftigte eröffnen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu besserer Weiterbildung beitragen und die Sozialstandards verbessern. Die Beteiligung ukrainischer Spezialist*innen an internationalen Projekten wird zum Austausch wertvoller Erfahrungen beitragen und die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine nach dem Krieg fördern.

IndustriAll Europe ist bereit, gemeinsame Initiativen zu unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen ukrainischen und europäischen Unternehmen im Rahmen der Industriepolitik zu fördern, was zur Erholung der ukrainischen Wirtschaft und ihrer Integration in die EU-Wirtschaft beitragen wird.

Wir werden die ukrainischen Gewerkschaften weiterhin bei ihren Bemühungen unterstützen, die Arbeitnehmerrechte sowie Gewerkschaftsrechte und -freiheiten zu wahren, und dazu beitragen, die Folgen dieses schrecklichen Krieges so gut wie möglich zu bewältigen.

Frieden und Demokratie

Wir, die Gewerkschaftsorganisationen, die sich für die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte und der Grundfreiheiten einsetzen, bringen unsere große Sorge über das Erstarken der extremen Rechten in Europa zum Ausdruck. Dieser Vormarsch stellt eine direkte Bedrohung für Frieden, Demokratie und die in jahrzehntelangen Arbeitskämpfen erreichten sozialen Errungenschaften dar.

Die Geschichte lehrt uns, dass die extreme Rechte in all ihren Erscheinungsformen immer die Arbeitnehmerrechte angreift, die kollektive Solidarität zerstört und die Spaltung in unseren Gesellschaften vorantreibt. Ihr Programm beruht auf der Aushöhlung der gewerkschaftlichen Freiheiten, der Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen und der Unterminierung der Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit. Angesichts dieser Bedrohung bekräftigen wir mit Nachdruck, dass die Werte Solidarität, Gleichheit und Brüderlichkeit unser gemeinsames Fundament bleiben müssen.

Wir müssen alle Arbeitnehmer*innen unermüdlich dazu aufrufen, gegen Hassreden und Spaltung mobil zu machen. Es liegt in unserer Verantwortung, ein auf sozialer Gerechtigkeit, der Achtung der Grundrechte und der Kooperation zwischen den Völkern basierendes Gesellschaftsmodell zu verteidigen. Der Aufstieg autoritärer Ideologien kann nur durch ein starkes gewerkschaftliches Engagement, die Einheit der Arbeiterklasse und eine entschlossene Mobilisierung der Bürger*innen bekämpft werden.

Wir bekräftigen außerdem unser Engagement für den Frieden in Europa und in der Welt. Die extreme Rechte bedroht mit ihrem übersteigerten Nationalismus und ihrer Abschottungspolitik die internationale Stabilität und schürt lieber Spannungen, anstatt Diplomatie und Zusammenarbeit zu fördern. Wir lehnen diese Konfrontationslogik ab und rufen zu einer auf Dialog und der Verteidigung der Menschenrechte basierenden Politik auf.

Angesichts dieser kritischen Herausforderungen ist es für uns Gewerkschaften unerlässlich, folgende Verpflichtungen in den Strategieplan und unsere künftigen Aktionen aufzunehmen:

- Aufklärung und Sensibilisierung der Beschäftigten über die Gefahren der extremen Rechten und deren Auswirkungen auf ihre Rechte und Arbeitsbedingungen,
- Aktive Verteidigung der Werte Demokratie, Gewerkschaftsfreiheit und soziale Gerechtigkeit,
- Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung, Rassismus und der Spaltung in der Arbeitswelt,
- Eintreten für ein solidarisches, gerechtes und friedliches Europa, das den Menschen und nicht den Finanzinteressen dient.

Frieden ist eine Voraussetzung für die uneingeschränkte Ausübung der Menschenrechte und die Stabilität von Demokratien. Ohne soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit gibt es weder Frieden noch Sicherheit.

Wir rufen alle Arbeitnehmer*innen sowie alle fortschrittlichen Kräfte dazu auf, sich zusammenzuschließen, um unsere Rechte und Freiheiten gegen die Bedrohung durch die extreme Rechte zu verteidigen. Die Vergangenheit hat uns vor Augen geführt, was identitäre Abschottung und Autoritarismus anrichten können. Es ist unsere Pflicht, Frieden, Demokratie und die sozialen Errungenschaften für künftige Generationen zu bewahren.

Gemeinsam, geeint und solidarisch werden wir dieser Bedrohung entgentreten und eine auf Gerechtigkeit und Menschenwürde gegründete Zukunft aufbauen.

Industriegewerkschaften als Brückenbauer für den Frieden

*„Vor uns liegt, wenn wir richtig wählen, eine beständige Ausweitung von Glück, Wissen und Weisheit. Sollen wir stattdessen den Tod wählen, bloß weil wir unsere Streitereien nicht vergessen können? Wir wenden uns als Menschen an unsere Mitmenschen: Sollen wir stattdessen den Tod wählen, bloß weil wir unsere Streitereien nicht vergessen können? Wir wenden uns als Menschen an unsere Mitmenschen: **Erinnert Euch Eures Menschseins und vergesst alles andere! Wenn Ihr das vermögt, dann öffnet sich der Weg zu einem neuen Paradies. Könnt Ihr es nicht, dann droht Euch allen der Tod.**“*

Russell-Einstein-Manifest

Die Gewerkschaftsbewegung stellt seit ihren Anfängen eine außergewöhnliche Form der Beteiligung einer Vielzahl von Menschen dar, die Formen des Individualismus überwindet, um Verbesserungen zu erreichen und Armut und Ausbeutung zu bekämpfen. Gewerkschaften sind der Ort, an dem Beschäftigte die Kraft schöpfen, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, indem sie ihre Stimmen in einem gemeinsamen Projekt bündeln.

Die direkte Beteiligung von Beschäftigten und Aktivist*innen ermöglicht Veränderungen und stärkt die Effektivität und Rolle der Gewerkschaft. Diese Beteiligung ist die treibende Kraft unseres Projekts für Veränderung, denn ja, eine andere Welt ist möglich.

In den letzten Jahrzehnten hat die Welt einen tiefgreifenden geopolitischen und sozioökonomischen Wandel erlebt, der die Beziehungen zwischen den Staaten, Volkswirtschaften und einzelnen Menschen grundlegend verändert hat.

Die Globalisierung schien Ende des 20. Jahrhunderts die endgültige Antwort auf die Herausforderungen der heutigen Welt zu sein und versprach eine stabile Ordnung und weitverbreiteten Wohlstand. Doch nur wenige Jahre später wurde dieses System durch globale Krisen, Konflikte und Spannungen in allen Teilen der Welt infrage gestellt.

Die Globalisierung hat zweifellos Vorteile gebracht, aber auch neue Ungleichheiten und Spannungen geschürt.

Die Demokratien stecken in einer inneren Krise, mit wachsendem Misstrauen der Bürger*innen gegenüber den Institutionen, die sich frustriert in die Arme von Populisten treiben lassen, die einfache Lösungen für große Probleme versprechen.

Weltweit nehmen autoritäre Regime und Autokratien zu, und in Demokratien sind Souveränismus und rechtsextreme Bewegungen unaufhaltsam auf dem Vormarsch.

Wir erleben die Zunahme von Konflikten: von der Ukraine über den Nahen Osten, Israel und Palästina und Syrien, Myanmar bis hin zu Südamerika und Afrika.

Krieg wird als Mittel zur Lösung von Konflikten zwischen Völkern dargestellt, ohne Raum für Diplomatie zu lassen.

Die Zahl der zivilen Opfer von Konflikten steigt, Bilder von blutüberströmten Kindern, die unter Trümmern begraben sind, appellieren an das Gewissen der Menschen. Das Bestreben jeder der Kriegsparteien, „ihren Sieg in das Gewissen einzuprägen“, hat zu Tausenden kleiner Niederlagen geführt.

Eine ganze Generation von Kindern wird vermutlich mit dem Trauma von Raketen, Bombardierungen und Sirenen aufwachsen und leben, das Hass und Rachegefühle in ihnen weckt.

Diese Spirale muss gestoppt werden. Wir können nicht tatenlos zusehen und gleichgültig bleiben.

Wir müssen die Humanität in den Mittelpunkt unserer Entscheidungen stellen und globale Strukturen schaffen, die Frieden garantieren und die bestehenden nationalen und kulturellen Spaltungen überwinden, die die Ursache für Kriege sind.

Pazifismus ist ein Fortschritt in der kulturellen Entwicklung der Menschheit, in der die Vernunft über aggressive Instinkte dominiert.

In der zerrissenen Welt mit den vielen weit verbreiteten Kriegs- und Konfliktsituationen müssen die Arbeitnehmer*innen und ihre Gewerkschaftsorganisationen Protagonisten einer internationalen Bewegung sein, die Druck auf die Institutionen und die Staaten ausübt, um der verheerenden zerstörerischen Kraft entgegenzuwirken, die weiterhin weltweit Opfer fordert, darunter auch Zivilisten, Beschäftigte und ihre Familien.

Wir halten es daher für dringend geboten und unerlässlich, dass der europäische Industrieverband industriAll Europe ein Treffen der Mitgliedsorganisationen organisiert, um Initiativen zu diskutieren und zu ermitteln, die Brücken des Friedens zwischen den Völkern bauen, indem sie die Beschäftigten und die sie vertretenden Gewerkschaften sensibilisieren.

Solidarität zur Stärkung von Gewerkschaftsrechten und fairen Praktiken in Südosteuropa durch intensivierete Zusammenarbeit in multinationalen Unternehmen:

IN ERWÄGUNG, dass die Stärke der Gewerkschaften auf europäischer und nationaler Ebene für ein florierendes Europa auf der Grundlage einer starken Industrie von entscheidender Bedeutung ist,

UNTER HINWEIS DARAUF, dass multinationale Unternehmen gemeinsam mit den Regierungen der betreffenden Länder den Druck und die Angriffe auf Tarifverhandlungen, Sozialversicherungssysteme, Gewerkschaften, Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte verstärken,

IN ANERKENNUNG DESSEN, dass diese multinationalen Unternehmen durch Drohungen, Einschüchterungen, Mobbing, ungerechtfertigte Entlassungen und Nötigung von Gewerkschaftsmitgliedern zur Kündigung systematisch Druck auf Beschäftigte ausüben, die sich gewerkschaftlich organisieren wollen, geben wir folgende Erklärung ab.

Wir, die unterzeichnenden Gewerkschaften,

1. FORDERN in Europa ansässige multinationale Unternehmen auf, die Arbeitnehmerrechte und die Anerkennung der Gewerkschaften zu respektieren, wo immer sie tätig sind,
2. VERURTEILEN Unternehmensstrategien, die zu Sozialdumping, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Verletzung von Gewerkschaftsrechten führen,
3. FORDERN die strikte Anwendung des Grundsatzes „Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“,
4. FORDERN die europäischen Institutionen AUF, ihre Aufsichts- und Überwachungsmaßnahmen in Bezug auf die Aktivitäten von in Europa ansässigen Unternehmen, die außerhalb Europas tätig sind, zu verbessern,
5. FORDERN die Stärkung von Mechanismen, mit denen multinationale Unternehmen für die Tätigkeiten ihrer Tochtergesellschaften und Zulieferer in südosteuropäischen Ländern zur Rechenschaft gezogen werden,
6. BETONEN, dass die arbeitsrechtlichen Bestimmungen der südosteuropäischen Länder an internationale Normen angepasst und wirksam umgesetzt werden müssen,
7. SCHLAGEN VOR, dass der einheitliche europäische Mechanismus zur Festlegung von Mindestlöhnen an die Lebenshaltungskosten gekoppelt und gemäß der Richtlinie 2022/2041 über angemessene Mindestlöhne in allen südosteuropäischen Ländern ordnungsgemäß umgesetzt wird,
8. BETONEN die Bedeutung der Umsetzung grundlegender Menschenrechte für eine gerechte und angemessene Entlohnung im Wege von für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen,

9. FORDERN industriAll European Trade Union auf, ihre zukünftigen Prioritäten zur Unterstützung südosteuropäischer Gewerkschaften wie folgt festzulegen:
- a) Stärkung von transnationaler Solidarität und Gewerkschaftskooperation in multinationalen Unternehmen,
 - b) Förderung der Schaffung eines positiven Klimas für Arbeitsbeziehungen in multinationalen Unternehmen, in denen Organising derzeit bekämpft wird,
 - c) Bestärkung der Gewerkschaften, Arbeitnehmerrechte bei Investitionen von Unternehmen außerhalb der Europäischen Union zu schützen,
 - d) Verbesserung des Informationsaustauschs über Vereinbarungen, die in den europäischen Hauptsitzen abgeschlossen werden und die Tochtergesellschaften in der Region betreffen,
 - e) Unterstützung von Tarifverhandlungen, insbesondere in Ländern, in denen Rechtsvorschriften den sozialen Dialog vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Wirtschaftskrise der letzten Jahre erschweren,
 - f) Unterstützung der Gewerkschaften bei der Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit Industrie 4.0 und Gewährleistung eines „gerechten Übergangs“ zu einem grünen Europa.

Der Kongress

BEKRÄFTIGT, dass der Schutz der Interessen der Beschäftigten die Stärkung der Solidarität in ganz Europa und den Aufbau starker nationaler Gewerkschaften erfordert.

Jugendbeschäftigung, gewerkschaftsfeindliche Repressionen und gewerkschaftliches Organising in der Industrie

Die Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe sind besorgt über die zunehmende Jobunsicherheit junger Menschen in der Industrie, die durch die allgemeine Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und zunehmende Repressionen gegen Gewerkschaften noch verschärft wird.

Die Industrie, die eigentlich Zukunftsperspektiven und soziale Emanzipation bieten sollte, ist geprägt von Zeitarbeit und übermäßiger Unterauftragsvergabe, was jede langfristige Lebensplanung unmöglich macht. Die Verteidigung einer starken europäischen Industrie erfordert die Stärkung der Gewerkschaften, die allein in der Lage sind, die Arbeitnehmerrechte zu schützen und sozialen Fortschritt durchzusetzen.

Angesichts dieser Herausforderungen zeichnet sich eine Hoffnung ab: die (Re-)Politisierung der Gewerkschaftsbewegung, die sich in Frankreich an der massiven Mobilisierung junger Menschen gegen das Erstarken der extremen Rechten nach der Europawahl vom 9. Juni 2024 zeigt. Dieser politische Aufbruch verdeutlicht, dass sich junge Menschen angesichts einer direkten Bedrohung ihrer Rechte engagieren. Diese Energie muss in unsere Organisationen gelenkt werden, um sie zu einer dauerhaften kollektiven Kraft zu machen.

Diese Erneuerung stärkt die Rolle der Gewerkschaften als Gegenmacht und hebt die politische Debatte auf ein höheres Niveau. Es ist von entscheidender Bedeutung, diese Dynamik zu nutzen und junge Menschen umfassend in den gewerkschaftlichen Kampf und den Klassenkampf einzubinden.

Die Situation junger Beschäftigter bleibt jedoch alarmierend: Ihre Arbeitslosenquote ist doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt. Während der Pandemie hat sich ihre durch Arbeitslosigkeit, Armut und Überisierung geprägte Prekarisierung noch verschärft, und sie wurden ihrer sozialen Absicherung beraubt. Wenn sie versuchen, sich zu organisieren, werden sie unter Druck gesetzt, eingeschüchtert und ungerechtfertigt entlassen. Gewerkschaftsfeindliche Repressionen stellen ein großes Hindernis für ihr Engagement dar und müssen bekämpft werden, um gewerkschaftliches Organising zu fördern.

Gewerkschaftliches Organising junger Menschen ist von entscheidender Bedeutung, um auf ihre Anliegen einzugehen und die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung zu sichern. Unsere Organisationen müssen DIE Kräfte für soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmerrechte bleiben.

Die Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe rufen den Kongress auf, sich einzusetzen für:

- den Schutz von Gewerkschaftsaktivist*innen, insbesondere von jungen Menschen, um ihr Engagement ohne Angst vor Repressalien zu gewährleisten,
- nationale und internationale Rechtsvorschriften, mit denen die Vereinigungsfreiheit garantiert wird,

- die Einführung wirksamer Mechanismen zur Unterstützung von Aktivist*innen, die Repressionen ausgesetzt sind,
- die Forderung nach stabilen und hochwertigen Industriearbeitsplätzen für junge Menschen,
- den massiven Ausbau der gewerkschaftlichen Organisierung junger Menschen mit geeigneten Instrumenten,
- die Stärkung der internationalen Solidarität gegen gewerkschaftsfeindliche Repressionen,
- die Forderung nach einer Amnestie für Jugendliche, die aufgrund ihres gewerkschaftlichen Engagements verurteilt wurden.

Die Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe rufen alle Organisationen dazu auf, die Jugendbeschäftigung und den Kampf gegen soziale und gewerkschaftsfeindliche Repressionen zu einer Priorität zu machen. Denn ein heute ausgebeuteter junger Beschäftigter ist ein gebrochener Arbeitnehmer von morgen. Handeln wir jetzt, um ein gerechtes und fortschrittliches Sozialmodell durchzusetzen.

Transatlantische Beziehungen

Die transatlantischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten sind trotz regelmäßiger Handelskonflikte und politischer Meinungsverschiedenheiten über die Rolle des Völkerrechts und des Multilateralismus ein Grundpfeiler der globalen Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands. Angesichts zunehmender Handelsspannungen und eskalierender Zollstreitigkeiten sowie aggressiver Versuche der USA, sich in die Innenpolitik anderer Staaten einzumischen, ist es jedoch unerlässlich, diese Beziehungen auf der Grundlage von Fairness, gegenseitigem Respekt und sozialer Gerechtigkeit neu auszutarieren. Es kann nicht sein, dass ein einzelnes Land einfach die Regeln vorgibt. Darüber hinaus sollten die Ungewissheit und das unvorhersehbare Verhalten der amerikanischen Regierung die EU zu einer Politik der Risikominimierung veranlassen, um die strategische Abhängigkeit Europas von den USA durch die Suche nach neuen Exportmärkten, die Förderung der europäischen Binnennachfrage und die Diversifizierung des Angebots zu verringern.

Ein weiterer Konflikt auf der Weltbühne, diesmal zwischen den USA und Europa, ist das Letzte, was die Beschäftigten angesichts wachsender Rezessionsängste brauchen. Die jüngste Entscheidung der Trump-Administration, Zölle zu erheben – wie die 25%igen Zölle auf europäische Autoexporte sowie auf Stahl und Aluminium – ist ein schwerer Schlag für den Geist der Zusammenarbeit und birgt die Gefahr, beide Volkswirtschaften in eine Rezession zu stürzen. Selbst vorübergehende Ausnahmeregelungen oder Verzögerungen bei der Umsetzung der Zölle erhöhen nur die Unsicherheit für die bereits unter Druck stehenden Beschäftigten und Industriezweige.

Handelskriege und Vergeltungszölle sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial verheerend, da sie die Gefahr massiver Arbeitsplatzverluste bergen, die Substanz der industriellen Basis Europas bedrohen, die Kosten in die Höhe treiben und die Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite des Atlantiks untergraben. Die EU muss ihre wirtschaftlichen Interessen über bloße Vergeltungsmaßnahmen hinaus verteidigen. Vergeltungszölle könnten eine Eskalationsspirale auslösen, die letztlich nur Verlierer kennt. Die Europäische Union muss sich auf entschlossene, strategische Maßnahmen konzentrieren, um sowohl die industriellen Kapazitäten als auch die Arbeitsplätze zu sichern. Wir brauchen eine umfassende und vorausschauende Strategie, die Handelspolitik mit umfangreichen Investitionen verbindet, um die europäische Produktion zu unterstützen, die Binnennachfrage anzukurbeln, Handelspartnerschaften zu diversifizieren und hochwertige Arbeitsplätze zu schützen.

Den Gewerkschaften muss bei der Gestaltung dieser Zukunft eine zentrale Rolle zukommen. Die Beschäftigten dürfen auf keinen Fall zum Kollateralschaden geopolitischer Auseinandersetzungen werden.

Mit dieser EntschlieÙung fordern wir die europäischen Regierungen und die EU nachdrücklich auf:

- **eine umfassende Industrie- und Handelsstrategie zu entwickeln, die über reaktive Zölle hinausgeht und sich auf Investitionen, Innovation, nachhaltige**

Entwicklung und den Schutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Weiterentwicklung des Binnenmarktes konzentriert,

- Instrumente wie SURE, EGF und ESF+ auszuweiten, um von Handelsschocks betroffene Beschäftigte zu unterstützen, und sie in Präventivinstrumente zur Sicherung von Arbeitsplätzen auf der Grundlage sozialer Auflagen umzuwandeln,
- die strategische Autonomie in kritischen Sektoren wie Energie, Automotive, Stahl und Technologie zu stärken und die Abhängigkeit von instabilen Handelsbeziehungen zu verringern,
- die Bemühungen um eine Diversifizierung und Zusammenarbeit mit Handelspartnern zu beschleunigen, die bereit sind, faire und sozial verantwortliche Freihandelsabkommen auf der Grundlage universeller Regeln, der Achtung der Arbeitnehmerrechte und der Nachhaltigkeitsbestimmungen unter Einbeziehung der Gewerkschaften zu schließen,
- eine globale Agenda zum (Wieder-)Aufbau eines multilateralen fairen Handelssystems und der damit verbundenen Institutionen zu fördern,
- auf ein fortschrittliches, auf internationalen Regeln basierendes System mit einer voll handlungsfähigen Welthandelsorganisation (WTO) hinzuarbeiten,
- die Anstrengungen der EU und der USA für eine positive Lösung im Zusammenhang mit der globalen Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und nachhaltiges Aluminium zu verstärken,
- die Gewerkschaften weiterhin über relevante Handelsfragen, die die transatlantischen Beziehungen betreffen, zu unterrichten und anzuhören,
- eine kohärente Industriepolitik zu betreiben, um den Standort Europa im internationalen Wettbewerb zu stärken, z.B. über die Reduktion von Energiekosten oder europäische Investitionsprogramme zur Förderung der Transformation.

Solidaritätserklärung: Solidarität mit LGBTI+- Personen in Ungarn

Das ungarische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das die lokalen Behörden ermächtigt, Pride-Märsche und andere öffentliche LGBTI+-Veranstaltungen zu verbieten und den Einsatz von Gesichtserkennung zur Identifizierung von Demonstranten zuzulassen. Damit wird die Versammlungs- und Meinungsfreiheit erheblich eingeschränkt, was in krassem Widerspruch zu grundlegenden demokratischen Prinzipien und EU-Werten steht.

Diese Gesetzgebung ist nicht nur ein Angriff auf LGBTI+-Personen, sondern ein direkter Angriff auf die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Menschenwürde. Wie von ILGA-Europe und anderen Menschenrechtsorganisationen berichtet, stellen diese Entwicklungen einen gefährlichen Trend dar, der den Raum für die Zivilgesellschaft schrumpfen und den Raum für Autoritarismus wachsen lässt. Diese Maßnahmen wurden von internationalen Menschenrechtsgruppen scharf kritisiert und verdeutlichen das alarmierende Abdriften Ungarns von demokratischen Normen.

Die Gewerkschaften haben die Pflicht, sich für Gleichheit, Integration und Menschenrechte für alle einzusetzen. In einem von Unterdrückung und Angst geprägten Umfeld sind LGBTI+-Gewerkschaftsmitglieder, Beschäftigte und ihre Familien besonders gefährdet und sehen sich nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch am Arbeitsplatz Diskriminierungen ausgesetzt.

Das muss aufhören.

IndustriAll Europe steht an der Seite der LGBTI+-Gemeinschaft in Ungarn und ganz Europa. Wir fordern die ungarische Regierung auf:

- die diskriminierenden Gesetze, die sich gegen LGBTI+-Personen richten und die Versammlungsfreiheit einschränken, sofort aufzuheben.
- den vollen Schutz der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten, einschließlich des Rechts auf friedliche Proteste und Pride-Märsche, zu garantieren.
-
- die staatlich geförderte homo- und transphobische Rhetorik zu beenden und einen sicheren Raum für die Zivilgesellschaft sowie einen integrativen und sicheren Arbeitsplatz für alle zu gewährleisten.
- die Verpflichtungen aus dem EU-Recht und den internationalen Menschenrechtskonventionen einzuhalten.

IndustriAll Europe ist zutiefst besorgt über die eskalierenden Angriffe auf die Grundrechte und -freiheiten von LGBTI+-Personen in Ungarn und verurteilt diese auf das Schärfste. Wir stehen geeint im Kampf für Gleichheit, Demokratie und Freiheit - heute und immer.

Gaza

Die Grundsätze des humanitären Völkerrechts wurden in katastrophaler Weise missachtet, und 90 % der Bevölkerung des Gazastreifens wurden zu Binnenvertriebenen, manche mehrfach. Die meisten Arbeitsplätze im Gazastreifen sind zerstört, und Tausende Arbeitnehmer*innen wurden an ihrem Arbeitsplatz getötet, darunter mehr als 1000 Beschäftigte im Gesundheitswesen.

Seit dem 2. März 2025 haben die israelischen Behörden eine vollständige Blockade des Gazastreifens verhängt. Die humanitären Bemühungen zum Schutz und zur Unterstützung der Zivilbevölkerung durch die Bereitstellung von Hilfsgütern sind nahezu zum Erliegen gekommen. Seit dem 18. März 2025 haben die israelischen Streitkräfte die Bombardierung des Gazastreifens von Luft, See und Land aus verstärkt und die Bodenoperationen ausgeweitet. Dies hat zu Hunderten Opfern und zur Zerstörung der zivilen Infrastruktur geführt.

Die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens ist von vielgestaltiger Armut und kollektiver Bestrafung betroffen. Die anhaltenden Gräueltaten in Gaza und der Einsatz von Hunger als Waffe sind Kriegsverbrechen und werden derzeit vom Internationalen Gerichtshof als potenzieller Völkermord behandelt. Dies muss sofort gestoppt werden, und es ist die Pflicht der EU und ihrer Mitgliedstaaten, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Der Zugang zu humanitärer Hilfe und die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens sind dringend erforderlich.

Teile der rechtsgerichteten israelischen Regierung streben offen die Vertreibung der Palästinenser*innen aus dem Gaza-Streifen sowie eine dauerhafte Besetzung und Besiedelung an.

Auf der Sitzung am 13. und 14. Dezember 2023 hat der Exekutivausschuss von industriAll Europe bereits eine klare Position zu dem Konflikt eingenommen, die weiterhin gültig ist.

Das unermessliche Leid der Menschen im Gazastreifen bewegt viele Menschen weltweit. Aber berechtigte Kritik darf nicht in Antisemitismus umschlagen. Die Sicherheit der Juden darf nicht mit der israelischen Kriegsführung verknüpft werden. Antisemitische Parolen und Angriffe müssen auf das Schärfste verurteilt werden. Die Sicherheit jüdischen Lebens muss in jedem Land gewährleistet sein.

Umgekehrt sollte nicht jede Form der Solidarität mit den Menschen in Palästina unter Generalverdacht gestellt werden. Kritik am israelischen Regierungshandeln ist nicht gleichbedeutend mit Antisemitismus - ebenso wie Solidarität mit den Palästinensern nicht gleichbedeutend ist mit Unterstützung der Hamas.

Die Palästinenser*innen haben ein Recht auf ein Leben in Frieden, Würde und in einem unabhängigen Staat

Der Kongress fordert die Beendigung aller Menschenrechtsverletzungen durch alle Parteien und einen sofortigen Waffenstillstand.

Palästina ist seit 1967 besetzt. Daher wiederholt der Kongress seine Forderungen nach einer gerechten Lösung in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen, der Anerkennung eines palästinensischen Staates und der Beendigung der illegalen militärischen Besetzung.

Der Kongress fordert die Europäische Union auf, Waffenlieferungen und ihr Assoziierungsabkommen mit Israel in Übereinstimmung mit Artikel 2 über die Achtung der Menschenrechte auszusetzen.

Der Kongress unterstützt alle laufenden Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs (International Criminal Court - ICC).

Der Kongress fordert die Einhaltung des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs zur Besetzung der palästinensischen Gebiete in Bezug auf den Handel mit israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Der Kongress verurteilt uneingeschränkt jedwede Form von Gewalt, die sich gegen Teile der Zivilbevölkerung richtet, und fordert einen sofortigen humanitären Waffenstillstand. Jedes Leben zählt, und alle Kriegsverbrechen, wo auch immer sie begangen werden, sind inakzeptabel.

Der Kongress verurteilt die brutalen Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober aufs Schärfste. Die Grausamkeit des Angriffs und der Geiselnahme durch die Terrororganisation Hamas ist unbeschreiblich und in keiner Weise zu rechtfertigen.

Der Kongress verurteilt jede Verletzung des humanitären Völkerrechts und die Bombardierung der Zivilbevölkerung in diesem Konflikt. Die Reaktion der israelischen Regierung hat eine humanitäre Krise mit verheerenden Folgen für die im Gazastreifen und im besetzten Westjordanland lebende Bevölkerung ausgelöst. Dieser Konflikt ist eine humanitäre Krise. Mit jedem Tag, der verstreicht, verschlimmert sich die humanitäre Katastrophe.

Der Kongress fordert humanitäre Korridore durch den Gazastreifen und das besetzte Westjordanland, um die Versorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen zu erleichtern.

Es ist Zeit für die Diplomatie. Der Kongress fordert die Europäische Union und die europäischen Regierungen auf, ihre Arbeit zu intensivieren, um den Krieg zu beenden, die Freilassung aller Geiseln sicherzustellen und einen Weg zu einem gerechten Frieden und einer Zwei-Staaten-Lösung zu ermöglichen.

Als Gewerkschafter*innen verurteilen wir die Eskalation von Antisemitismus und Islamophobie in der ganzen Welt, und wir lehnen Krieg, Gewalt und alle Formen von Rassismus entschieden ab. Wir wollen Frieden und Gerechtigkeit für alle.

Dringende Notwendigkeit eines Aktionsplans für hochwertige Industriearbeitsplätze und eine starke und ehrgeizige Reindustrialisierung

Es vergeht keine Woche ohne neue Ankündigungen von Umstrukturierungen, Werksschließungen oder Sozialabbau, nicht nur in den Benelux-Staaten, sondern auch und vor allem in ganz Europa. Die Arbeitsplatzverluste betreffen ganze Wertschöpfungsketten.

Die Zahlen sind alarmierend:

- In der EU sind zwischen 2019 und 2023 fast eine Million Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren gegangen. Das verarbeitende Gewerbe ist heute einer der am stärksten betroffenen Sektoren, da sich die Zahl der Arbeitsplätze, die aufgrund von Unternehmensumstrukturierungen verloren gehen, in den ersten fünf Monaten des Jahres 2025 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2022 verdreifachen wird.
- 25 % der europäischen Industrieunternehmen werden in den kommenden Monaten vor tiefgreifenden Umstrukturierungen stehen.
- *„Jeden Tag verlieren in Europa etwa 500 qualifizierte Arbeitnehmer*innen im verarbeitenden Gewerbe ihre Existenzgrundlage ohne Aussicht auf eine alternative Beschäftigung“* (Esther Lynch, EGB, 12.05.2025).

Die Arbeitnehmer*innen in Europa sind mit einem Sturm konfrontiert, der an zwei Fronten tobt:

- auf der einen Seite sehen wir die klimatischen und technologischen Herausforderungen
- und auf der anderen Seite geopolitische Spannungen, neue Machtverhältnisse und Handelskriege zwischen Blöcken, in denen Europa noch Schwierigkeiten hat, seinen Platz zu finden.

Darüber hinaus wissen wir, dass noch nie so viel Geld von multinationalen Unternehmen, BIG TECH und Lobbygruppen aus dem Bereich der fossilen Energien für Lobbyarbeit bei europäischen Politiker*innen ausgegeben wurde. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 343 Millionen Euro von Unternehmen ausgegeben, die angaben, mehr als eine Million Euro pro Jahr für Lobbyarbeit aufzuwenden. Das ist ein Anstieg um ein Drittel im Vergleich zu 2020 (und wir sind uns bewusst, dass es sich dabei um eine eklatante Unterschätzung handelt).

Wir kennen das Ergebnis dieser gestärkten Arbeitgeberallianz: Deregulierung und Abbau sozialer Korrekturmechanismen im Namen der europäischen Wettbewerbsfähigkeit (z. B. das Omnibus-Paket).

Darüber hinaus wird die Arbeitgeberseite von unseren zunehmend rechtsgerichteten Regierungen unterstützt, die sich nur für falsche Maßnahmen wie Austerität und Deregulierung entscheiden.

Gleichzeitig schütten die Unternehmen so viele Dividenden an ihre Aktionäre aus wie nie zuvor, während sie gleichzeitig Erfindungsreichtum an den Tag legen, um Steuern zu umgehen.

Es liegt auf der Hand, dass der „gerechte Übergang“ für unsere Gewerkschaftsorganisationen vorrangig ist, und wir unterstützen den Strategieplan, der auf dem Kongress in Budapest erörtert und verabschiedet werden soll, voll und ganz. Mit den Nuancen und Erwartungen, die der EGB in seiner Pressemitteilung vom 12.05.2025 dargelegt hat:

„Die Gewerkschaften sind immer für einen echten sozialen Dialog, aber die Zeit der Worte und Reden ist schon lange vorbei. Die Kommission muss einen europäischen Industrieplan vorlegen, der darauf abzielt, durch Investitionen in unsere Industrien hochwertige Arbeitsplätze zu schützen und neue zu schaffen.“

Außerdem ist es DRINGEND erforderlich, dass wir als Vertreter*innen der europäischen Industriebeschäftigten mit einer klareren und einheitlicheren Stimme sprechen.

Die kommenden Monate werden für die europäischen Arbeitnehmer*innen von entscheidender Bedeutung sein.

Um dies zu erreichen, brauchen wir ein stärkeres und durchsetzungsfähigeres industriAll Europe, um das wir uns vereinen müssen!

Wir erwarten von unserem europäischen Verband, dass:

- er den Austausch zwischen uns noch stärker als bisher fördert,
- unsere Stimme bei unseren europäischen Abgeordneten, in den Diskussionsforen und in den Lobbygruppen, an denen er beteiligt ist, noch deutlicher gehört wird,
- er klare Forderungen nach Investitionen in Industrie und F&E stellt,
- er sich für einen koordinierten Aktionsplan in allen unseren Regionen einsetzt zur Förderung bzw. zum Schutz:
 - von hochwertigen Arbeitsplätzen,
 - von fairen Löhnen und Gehältern,
 - von gerechten Steuern,
 - von guten Renten,
 - eines europäischen Industrieplans, der den heutigen Herausforderungen gerecht wird und nicht zu einem Wettlauf in Richtung einer Kriegswirtschaft führt,
 - von Demokratie sowohl in Unternehmen als auch in der Gesellschaft,
 - von beruflicher Bildung, die die anerkannte Qualität unserer Arbeitskräfte sichert,
- er sich für einen Mechanismus zum Schutz der Beschäftigung einsetzt, ähnlich dem „SURE“-Programm, das während der Pandemie zur Rettung von Arbeitsplätzen beigetragen hat, um irreversible Verluste unserer industriellen Kapazitäten zu verhindern,
- er mehr Unterstützung für diejenigen fördert, die trotz allem ihren Arbeitsplatz verlieren; wir müssen unsere hochqualifizierten Arbeitskräfte, die für die Herausforderungen von morgen bereit sind, halten; wir müssen verhindern, dass sie geopfert werden oder einfach verschwinden,
- er die Arbeitnehmervertreter*innen in den EBR bei Umstrukturierungen in ihrem Kampf für Arbeitsplätze und gegenseitige Solidarität stärkt und unterstützt,
- er eine detaillierte Studie über unsere Sektoren erstellt
 - Entwicklung der Industrie/industrieller Niedergang
 - Schaffung von Arbeitsplätzen/Abbau von Arbeitsplätzen
 - Katalog der sozialen Fortschritte/Rückschritte

- er eine Bewertung der Gewerkschaftsstrategie der letzten zwei Jahre vornimmt,
- er sich aber auch jeder Form von Austerität und Deregulierung des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme widersetzt.

Wir müssen den von uns vertretenen Arbeitnehmer*innen gewerkschaftliche Antworten auf ihre Probleme geben, mit denen sie jetzt konfrontiert sind. Wir müssen für eine Zukunft für unsere Branchen und ihre Wertschöpfungsketten kämpfen und den aktuellen Aderlass stoppen.

Es ist an der Zeit, ein stärkeres Signal zu senden und mit unseren Mitgliedern, unseren Aktivist*innen, den Gewerkschaften in den Mitgliedstaaten und UNSEREM europäischen Verband, industriAll Europe, eine schlagkräftigere Gegenmacht aufzubauen.

Die Gewerkschaften stehen für grundlegende demokratische Rechte und Prinzipien

Auf dem Kongress von industriAll Europe 2025 bringen wir im Namen von mehr als 200 Organisationen und 7 Millionen Mitgliedern in 39 Ländern unser Bekenntnis zu Demokratie und Sozialdialog zum Ausdruck.

Wir stehen solidarisch an der Seite unserer Mitgliedsorganisationen und unterstützen sie in allen Ländern,

- in denen grundlegende Bürgerrechte, wie das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, verletzt werden,
- in denen die Arbeitnehmerrechte beschnitten werden,
- in denen die Arbeit von Gewerkschaften erschwert oder gar unmöglich gemacht wird, sei es im wettbewerbsorientierten oder im öffentlichen Sektor.

Diese Aussagen gelten insbesondere für Ungarn, das Gastgeberland unseres Kongresses. Dort haben die Maßnahmen der Regierung die Interessenvertretung der Beschäftigten in den letzten Jahren erheblich geschwächt. Das Land hat eines der arbeitgeberfreundlichsten Arbeitsgesetze, ein Streikgesetz, das Streiks erschwert oder gar unmöglich macht, und es gibt praktisch keine substanziellen Sanktionen für Verstöße der Arbeitgeber, was zu immer mehr Einschüchterung am Arbeitsplatz führt.

In Ungarn hat die von der Regierung bewusst betriebene Zerschlagung der Strukturen für den sozialen Dialog - auf nationaler, sektoraler und betrieblicher Ebene - zu einem Rückgang der Zahl der Tarifverträge und zu einer Zunahme einseitiger Arbeitgeberentscheidungen geführt. Wir sind zunehmend konfrontiert mit

- der unrechtmäßigen Entlassung von Gewerkschaftsfunktionär*innen,
- der Missachtung und Behinderung gewerkschaftlicher Initiativen,
- der Verletzung der Chancengleichheit am Arbeitsplatz.

Die Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe stehen geschlossen an der Seite der ungarischen Gewerkschaften und fordern

- die Wiederherstellung des Streik- und Versammlungsrechts,
- eine Ende der Drohungen gegen Nichtregierungsorganisationen,
- die substanzielle Umgestaltung und das Funktionieren des Interessenabstimmungssystems,
- die uneingeschränkte Achtung des Rechts der Arbeitnehmer*innen, sich zu organisieren durch die Arbeitgeber.